

sprechenden sozialistischen Gesellschaftsordnung einerseits und aus der geschichtlich überlebten, dem Stand der Produktivkräfte und den nationalen Interessen widersprechenden imperialistischen Gesellschaftsordnung in Westdeutschland andererseits. Wem es 1945, nach den geschichtlichen Erfahrungen Deutschlands mit den vom Imperialismus hervorgebrachten Krisen und Kriegskatastrophen noch nicht klar war, nach diesen 20 Jahren unterschiedlicher Nachkriegsentwicklung mußte er endlich begreifen: Deutschland kann als imperialistischer Staat nicht existieren. Die Lösung der nationalen Frage kann nicht anders erfolgen, als durch die Überwindung der Herrschaft der imperialistischen Kräfte in Westdeutschland. Das ist freilich vornehmlich eine Aufgabe der Bürger Westdeutschlands selbst. Und es handelt sich dabei zweifellos um einen langwierigen Prozeß. Genosse Ulbricht erklärte in seiner Rede auf dem 13. Plenum des ZK, daß es für die europäische Sicherheit und für beide deutsche Staaten von Nutzen wäre, wenn man sich in Bonn für eine Politik der Mitte entscheiden würde, eine Politik, die von der Erkenntnis ausgeht, daß ein Nebeneinander beider deutscher Staaten für lange Zeit unvermeidlich ist. Das heißt, daß zuerst und unmittelbar demokratische Veränderungen in Westdeutschland notwendig sind, um dem Notstand der Demokratie und dem gefährlichen abenteuerlichen Kurs der Revanche und der Spannungen wirksam zu begegnen.

Sie aber üben den Notstand

Zwar redeten während der Regierungskrise in Bonn maßgebliche Politiker sehr viel von „neuer Politik“, von „Neuordnung“ und „Neuformierung“

der politischen Zielsetzung. Aber was die imperialistischen Herren im Sinn haben, ist wieder nur der — aussichtslose — Versuch, die alte und bankrotte Expansionspolitik gegen die DDR und den Frieden Europas mit einem „neuen Stil des Regierens“ weiterzuführen. Der müsse allerdings, wie man landauf, landab hören kann, „hart“ sein, praktiziert von „starken Männern“, die auch vor „unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken“.

Für diesen extremen Versuch, mit den Widersprüchen fertig zu werden, an denen schon Adenauer und Erhard scheiterten, war die Bunkerübung „Fallex 66“ die Generalprobe. Angeführt von General de Maiziere, dem letzten Stabschef Hitlers, der seinem „Führer“ noch fünf Minuten nach Zwölf im Bunker der Reichskanzlei die letzten Lageberichte über die vollständige Niederlage vortrug, und der heute an der Spitze der Bundeswehr steht, krochen im Oktober 1966 Bonner Militärs, Minister und eine Hand voll willfähriger Mitglieder des Bundestages wieder in einen Bunker. Dort übten sie mitten im Frieden Notstand und Aggression.

Und obwohl ringsum niemand ernsthaft bereit ist, nicht einmal die engsten Verbündeten, den Bonner revanchistischen Ambitionen zu folgen — sie probten unverdrossen den „Fall X (denn nichts anderes bedeutet im anglizierten NATO-Sprachgebrauch die Bezeichnung „Fallex 66“).

Hier wurde das abenteuerliche Rezept durchexerziert, wie eine künftige westdeutsche antigerichtliche Regierung mit Hilfe der Notstandsgesetze die eigene Bevölkerung niederhält, damit sie widerstandslos die ungeheuerlichen

Lasten vermehrter Rüstung und erhöhter Ausbeutung zugunsten der Monopole hinnimmt. Hier wurde geprobt, wie man die Westdeutschen gleichzeitig immer mehr an den Gedanken gewaltsamer und kriegerischer Auseinandersetzungen heranführt, bis man dann endlich den Zeitpunkt für gekommen hält, vom Notstandsfall zum Ernstfall überzugehen, nämlich mit Provokationen an der Staatsgrenze zur DDR, ähnlich denen, die beziehungsweise zum Zeitpunkt der „Fallex“-Übung auf der unteren Elbe tatsächlich inszeniert wurden.

Und sie üben die Aggression

Daß es sich hierbei nicht um irgendeine Routine-Übung, um ein Manöver für einen „Verteidigungsfall“ handelt, wie man in Bonn gern glauben machen möchte, geht klar aus der Zielsetzung hervor. Hier wurde grundsätzlich das ganze Bonner Aggressionsprogramm erprobt: Von der Außerkraftsetzung der westdeutschen Verfassung bis zur gewaltsamen Durchsetzung der Alleinvertretungsmaßnahme und des „Grauen Planes“ zur Ausplünderung der DDR. Alle Friedens- und angeblich Gewaltverzichts-Redereien brutal beiseitefegend, hieß es in einem Bericht über die Schlußphase von „Fallex 66“: „Zu diesem Zeitpunkt sind die mitteldeutschen Brüder und Schwestern schon probeweise und mit Gewalt befreit worden“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 24. Oktober 1966).

Geradezu buchstabengetreu bestätigte diese Übung alle Aussagen und Enthüllungen, die vom Nationalrat der Nationalen Front bereits am 29. Juni 1966 auf der internationalen Pressekonferenz in Berlin